

Get the boys home

Der völkerrechtlich umstrittene Angriff der USA zusammen mit einer »Koalition der Willigen« gegen den Irak ist noch lange nicht aufgearbeitet. Von einer Befriedung des Landes bzw. einer Lösung dieses Konfliktes scheinen die Koalitionstruppen weiter denn je entfernt zu sein. Die massiven Terroranschläge der letzten Wochen haben möglicherweise zu einem taktischen Umdenken unter den Neokonservativen geführt. Von einer »Demokratisierung des Irak« spricht schon niemand mehr. **Ludwig Watzal** thematisiert die Macht der Neokonservativen (Neocons) in den USA.

Es stellt sich die Frage, wie sich die amerikanische Außenpolitik in dieses Abenteuer begeben konnte und warum unter Präsident George W. Bush eine solche Radikalisierung stattfindet? Warum hat es trotz enormer Schwierigkeiten der Besatzungstruppen noch keine Veränderung in der Strategie gegeben?

Ideologischer Starrsinn

Ein wesentlicher Grund für die politische Unbeweglichkeit scheint im ideologischen Starrsinn wesentlicher Teile der Bush-Administration zu liegen. Das Weltbild vieler in dieser Regierung ist mänichäisch: Rhetorisch gibt es nur Gut und Böse. Der US-Präsident selbst hat die Richtung vorgegeben: »Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen!«, so in seiner Rede an die amerikanische Nation nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Von dieser Schwarz-Weiß-Sicht der Welt ist er bis heute noch nicht abgewichen, wie seine Rede vor den Vereinten Nationen am 22. September 2003 gezeigt hat. Präsident Bush wirkt in seinen Reden wie ein Sektenprediger. Sein starrer, ins Nichts weisen-



Foto: Henning

de Blick, ist furchterregend. Trotz hoher Verluste unter amerikanischen Soldaten ist diese Regierung entschlossen, ihren Kurs unbeirrt durchzusetzen.

Seit dem 11. September 2001 fand eine »Israelisierung« der amerikanischen Innen- und Außenpolitik statt. Dies sowohl rhetorisch als auch praktisch. Die US-Regierung hat sich der israelischen Sprachregelung angeschlossen und für sich festgestellt, es befindet sich in einem existentiellen Krieg. Beide Staaten fördern das Image von absoluter Verletztheit: Israel durch den Holocaust und die USA durch den 11. September 2001. Rhetorisch gibt es nur Gut und Böse. Praktisch übernimmt man Methoden Israels, indem man das Völkerrecht und die UNO verspottet und im Irak ein ähnlich brutales Besatzungsregime errichtet wie Israel in den besetzten Gebieten. Amerikaner, die nicht für die offizielle US-Politik sind, werden als »Verräter«, »Nicht-Amerikaner« oder »Feinde« bezeichnet. Israelis, welche die Sharon-Politik kritisieren, werden als »jüdische Selbsthasser« oder »Antisemiten« diffamiert.

Die Welt der Neokonservativen

Ein erschreckendes Beispiel dieses einseitigen Starrsinns hat einer der intellektuellen Wortführer, Charles Krauthammer, kürzlich in Wien gegeben. Der bestimmt nicht des Antiamerikanismus verdächtige Chefredakteur der Zeitschrift »Europäische Rundschau«, Paul Lendvai, machte in der Tageszeitung »Die Welt« vom 7. August 2003 aus seinem Entsetzten keinen Hehl. Über die Präsentation schrieb er: »Die Szene war gespenstisch. [...] Die Mischung aus bestechender Formulierungskunst und verblüffender Ignoranz im Hinblick auf die reale Welt ist beklemmend.« Lendvai stellte keinerlei Selbstkritik oder -zweifel am Kurs der US-Außenpolitik bei dem Vertreter des Neokonservatismus fest. Auch für die USA konstatierte er einen »aggressiven amerikanischen Nationalismus«. Diese Neokonservativen denken nicht mehr, sie rechtfertigen nur noch.

Mit der Präsidentschaft von Bush jr. kam eine politische Elite in den USA an die Macht, die als neokonservativ (»Neocons«) bezeichnet wird. Diese Gruppe ist jedoch nicht homogen, sondern setzt sich aus einer großen Anzahl Intellektueller zusammen, die aus den verschiedensten politischen Lagern kommen und aus unterschiedlichsten Motiven sich hinter diesem Schlagwort verbergen. So reicht das Spektrum von extrem links wie ehemalige Trotzkisten, über enttäuschte Liberale bis zu Vertretern rechtskonservativer, reaktionärer Vorstellungen wie die des Innenministers John Ashcroft. Gemeinsam ist ihnen die Vorstellung, dass die USA eine Weltmacht sei, und diese militärische Macht auch eingesetzt werden müsse, und dass die hegemoniale Stellung der USA in Zukunft von keiner anderen Macht mehr in Frage gestellt werden dürfe. Diese Gruppe verachtet zutiefst den ehemaligen US-Präsident Bill Clinton nicht wegen seiner privaten Eskapaden, sondern weil er es versäumt habe, während seiner Präsidentschaft die volle Militärmacht der USA gegen »Schurkenstaaten« eingesetzt zu haben.

»Neocons« und »Theocons«

Die Neocons haben einen mächtigen Verbündeten in ihrem Kampf gegen »das Böse« in der Welt: die Theocons. Diese Gruppe vertritt innergesellschaftlich religiös fundamentalistische Wertvorstellungen wie ein Abtreibungs- und Homosexuellenverbot, Schulgebet, einen Antidarwinismus sowie die amerikanische Familienideologie. Außenpolitisch unterstützten sie vorbehaltlos die konservativen Regierungen in Israel, insbesondere die des ehemaligen Ministerpräsidenten Benyamin Netanyahu sowie die Regierung von Ariel Sharon. Von den zirka 70 Millionen Christen lassen sich nach Meinung einiger Experten 40 Millionen für extreme pro-israelische Positionen mobilisieren. Um dieses Potenzial dauerhaft zu motivieren, bedient man sich einer wörtlichen Auslegung der Bibel, und zwar ausschließlich des Alten Testaments. Als eine be-

sonders bizarre Variante kommt der Glaube an die Schlacht von Armageddon hinzu, welche die zahlreichen Fernsehprediger verbreiten. Dieser Theorie zufolge werde im Nahen Osten an der Stelle des alten Tempels der dritte Tempel Salomos gebaut, und der Messias werde ein zweites Mal erscheinen. Dieser obskure Glaube stammt aus dem 19. Jahrhundert und wurde von dem britischen Mystiker John Nelson Darby verbreitet. Nach dessen Wahnsinnsszenario werden die Juden aus Israel und Palästina entweder in der »Letzten Schlacht« vernichtet oder durch Massenkonzersion »erlöst«. Diese jüdenfeindlichen und antisemitischen Vorstellungen der sogenannten christlichen Kreise macht es völlig unverständlich, warum sich Benyamin Netanyahu und die extremen Teile der jüdischen Interessensgruppen Amerikas mit ihnen zur Unterstützung Sharons und des Likud verbünden.

Geostrategische Ideen der 90er Jahre

Was hat dies alles mit den Neocons, dem Irakkonflikt oder sogar Israel zu tun? Die Idee eines Regimewechsels im Irak ist nicht vom Himmel gefallen. Sie wurde sorgfältig und langfristig vorbereitet. Aber ohne die Ereignisse des 11. September 2001 hätten sie nicht so widerstandslos umgesetzt werden können. Einige Vertreter amerikanischer neokonservativer Interessengruppen wie Richard Perle, Douglas Faith, James Colbert, Robert Loewenberg und Meyrav und David Wurmser ventilierten durch das »Institute for Advanced Strategic and Political Studies Jerusalem« in Washington erstmals geostrategische Ideen, die einen Regimewechsel im Irak forderten. Ideen, die nicht für die US-Regierung bestimmt waren, sondern für den im Mai 1996 gewählten israelischen Ministerpräsidenten Benyamin Netanyahu. Dieser unter dem Titel »Clean Break« (www.israeleconomy.org) geführte Bericht wurde Netanyahu nach seiner Wahl übergeben. Die Verfasser schlugen dem israelischen Ministerpräsidenten zwei für Israel vorteilhafte Op-

tionen vor: Erstens die Zerstückelung des Irak und zweitens die Neutralisierung Syriens.

»Mit dem Vorschlag einer Wiedereinsetzung der Haschemiten im Irak hat Jordanien kürzlich den syrischen Gebietsansprüchen etwas entgegengesetzt. Da die Zukunft des Irak erhebliche Auswirkungen auf das strategische Gleichgewicht im Mittleren Osten haben wird, wäre es nachvollziehbar, dass Israel die Wiederherstellung des haschemitischen Throns im Irak unterstützt. So könnte die Regierung Netanyahu ihren ersten offiziellen Besuch Jordanien abstatten, noch bevor sie sich in die Vereinigten Staaten begibt. Sie könnte König Hussein Hilfe anbieten, um ihn im Kampf gegen die syrische Subversion zu unterstützen. Amerikanische Auslandsinvestitionen in Jordanien fördern, um es aus seiner Abhängigkeit vom Irak zu lösen. Die Aufmerksamkeit der Syrer unter Einsatz von Elementen der libanesischen Opposition ablenken, um Syriens Kontrolle über den Libanon zu schwächen. [...] Im Zusammenspiel mit der Türkei und Jordanien kann Israel durch die Schwächung Syriens sein strategisches Umfeld gestalten. Diese Bemühung kann über eine Absetzung Saddam Husseins im Irak erfolgen – ein schon an sich wichtiges strategisches

Ziel für Israel –, wodurch sich in einem weiteren Schritt die syrischen Ambitionen durchkreuzen ließen. Wie? Indem man Allianzen mit den arabischen Stämmen herstellt, die beiderseits der (irakisch-syrischen) Grenze ansässig sind und den syrischen Machthabern feindlich gesinnt sind.«

Perle und seine Mitautoren erklärten weiter: »Mit Blick auf das Regime in Damaskus ist es natürlich und zugleich moralisch begründet, dass Israel sein Entgegenkommen (comprehensive peace) aufgibt und dazu übergeht, dieses Land in seine Schranken zu verweisen, indem es auf seine Programme für Massenvernichtungswaffen hinweist und die Übereinkunft ›Land gegen Frieden‹ auf den Golanhöhen ablehnt.«

Ratschläge zur Themenwahl an Israel

Der Bericht enthielt sogar Ratschläge für Netanyahu, wie und welcher Rhetorik er sich in den USA bedienen sollte, um die Unterstützung im US-Kongress für Israel zu mobilisieren. Dafür böte sich das Thema der Raketenabwehrsysteme an. Der Bericht wies darauf hin, dass solche Themen die geplante Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem positiv beeinflussen könnte, obwohl diese völkerrechtswidri-

ge Verlegung von den USA aus politischer Opportunität bis heute nicht umgesetzt worden ist.

Für die Falken um Perle und seine Gesinnungsgenossen, die heute hohe Regierungspositionen innehaben, war die Idee eines Krieges gegen den Irak also nicht Neues. Die Frage stellt sich zwangsläufig, welches Ziel mit einem solchen Angriffskrieg tatsächlich verfolgt wurde? Ging es ihnen um die Realisierung amerikanischer Interessen oder eher um die Stärkung der israelischen geostrategischen Position in der Region, die auch der Likud unter Sharon zum Ziel hat? Welche Ziele auch immer verfolgt werden sollten, so zeigt diese Denkweise doch, wie halsbrecherisch oder politisch blauäugig die Idee einer Zerstückelung eines so komplexen Landes wie des Irak ist. Die Idee der Zerstückelung des Irak ging den Geostrategen in den konservativen Denkfabriken aber noch nicht weit genug. Ein Regimewechsel musste erst gedanklich vorbereitet und dann militärisch bewerkstelligt werden. Diesem Ziel hatte sich das »Project for the New American Century« (PNAC, www.newamericancentury.org) ganz und gar verschrieben. Mit welcher Chuzpe schon zu Zeiten Präsident Clintons gearbeitet wurde, ist viel zu wenig bekannt.

»Die
Neokonservativen
um Bush jr. denken nicht
mehr, sie rechtfertigen
nur noch.«



Foto: Houtak

Das PNAC wurde im Juni 1997 als eine gemeinnützige Bildungseinrichtung mit dem Ziel gegründet, den weltweiten amerikanischen Führungsanspruch zu fördern bzw. wiederherzustellen. Seit seiner Gründung beschäftigt sich das PNAC mit dem Rückgang der US-Verteidigung und mit den Problemen, die dieser für die Ausübung der amerikanischen Führungsrolle in der Welt und damit letztlich für die Bewahrung des Friedens nach sich ziehen wird. Zentrale Schwerpunkte der Arbeit liegen auf der Stärkung des Militärischen der Vereinigten Staaten und auf einer starken nationalen Verteidigung.

Frühe Briefe an Clinton

Bereits am 26. Januar 1998 schrieben führende Neokonservative, unter ihnen zahlreiche Personen, die jetzt in der Bush-Administration an den Schalthebeln der Macht sitzen, an US-Präsident Bill Clinton und forderten ihn auf, Saddam Hussein zu stürzen. Die US-Strategie sollte vor allem auf die »Beseitigung des Saddam Hussein-Regimes von der Macht abzielen. Wir stehen bereit, unsere volle Unterstützung für dieses schwierige aber notwendige Unternehmen zu gewähren. [...] Dies muss nun das Ziel der amerikanischen Außenpolitik wer-

den.« (www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm). Das PNAC beurteilte die Fähigkeiten der USA im Jahre 1997 in der Militär-, Außen- und Handelspolitik unter Bill Clinton als unzureichend. Für die Unterzeichner ging die Clinton-Administration mit den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen sowie mit den äußeren Bedrohungen verantwortungslos um. Die Ursache dafür sahen sie in der unzureichenden Würdigung der militärischen Leistungen unter der Reagan-Administration. Das Militär müsse gegen die aktuellen und zukünftigen Gefahren eingesetzt und die Außenpolitik entschlossen die amerikanischen Prinzipien in der Welt fördern und verbreiten. Auch wenn militärische Macht und moralische Standfestigkeit heute nicht unbedingt en vogue sind, so ist dieses nach Ansicht der Organisation doch notwendig, um die Sicherheit und Größe der USA auch im 21. Jahrhundert zu sichern. Zu den Unterzeichnern gehörten Elliot Abrams, Richard L. Armitage, John Bolton, Robert Kagan, Zalmay Khalizad, William Kristol, Richard Perle, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, R. James Woolsey und Robert B. Zoellick. Der größte Teil gehört heute zu den Kriegsbefürwortern in der Bush-Administration.

Erst der Irak, dann Iran und Syrien

In der Zwischenzeit ereigneten sich die Terroranschläge des 11. September 2001, was zu einer Antihaltung gegen alles Muslimische und Arabische führte. Schon einen Tag später forderte Paul Wolfowitz nicht nur Afghanistan, sondern auch Saddam Hussein anzugreifen. Intellektuellen Flankenschutz erhielten das Pentagon vom »Project for the New American Century«. Am 20. September 2001 schrieben wiederum führende Intellektuelle an US-Präsident George W. Bush. Darin forderten sie Osama bin Laden entweder zu fangen oder zu töten. Wichtiger waren aber folgende Ziele: Vehement forderten sie »die Beseitigung Saddam Husseins von der Macht. Ein Versagen in diesem Bemühen würde eine frühe und vielleicht entscheidende Kapitulation im Krieg gegen den internationalen Terrorismus bedeuten.« Weiterhin müsse dieser Krieg gegen den Terrorismus auch die Hisbollah im Libanon mit einbeziehen. »Wir glauben, das die Administration von Iran und Syrien die unverzügliche Einstellung aller militärischen, finanziellen und politischen Unterstützung für Hisbollah und seiner Aktionen verlangen muss. Sollte Iran und Syrien dieser Forderung nicht nachkommen, sollte die Administrati-

»Wer
der angebliche
Feind der USA ist,
wird nicht anhand
realpolitischer, sondern
ideologischer Kriterien
festgelegt.«



on passende Vergeltungsmaßnahmen gegen diese bekannten Unterstützer des Terrorismus einleiten.«

Kurz nach der Niederschlagung des Saddam-Regimes griffen Rumsfeld und Wolfowitz mit diesen Vorwürfen beide Länder an. Als nächstes wurde der »palästinensische Terror« scharf kritisiert. Sollte die palästinensische Behörde den Terror aus den besetzten Gebieten gegen Israel nicht unterbinden, müsste die USA jedwede Unterstützung einstellen. (www.newamericancentury.org/Bushletter.htm). Unterzeichner waren Richard V. Allen, Aaron Friedberg, Francis Fukuyama, Frank Gaffney, Jeffrey Gadmin, Robert Kagan, Jean Kirkpatrick, Charles Krauthammer, Richard Perle, Norman Podhoretz u. v. a.

Schicksalsgemeinschaft USA – Israel

Am 3. April 2002 ging dieselbe Organisation noch einen Schritt weiter. Die Unterzeichner konstruierten eine Schicksalsgemeinschaft zwischen den USA und Israel, beide hätten einen gemeinsamen Feind. Israel werde angegriffen, weil es ein Freund der USA und eine Insel liberaler Demokratie sei. Israel kämpfe den gleichen Krieg wie die USA. Die Unterzeichner beziehen sich auf eine Aussage von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, in der er Iran, Irak und Syrien vorwarf, »eine Kultur des politischen Mordes und der Selbstmordattentäter« gegen Israel zu fördern. Die Hauptzielrichtung war die gegen Yassir Arafat. Er und die Autonomiebehörde wurden als Drahtzieher des Terrors gegen Israel beschuldigt. Er könne somit nicht Teil einer friedlichen Lösung sein. Die Schreiber forderten Präsident Bush auf, nicht länger mit Arafat zu verhandeln. Alle diese Forderungen wurden vorher schon von der Sharon-Regierung erhoben.

Ebenfalls wiederholte man nochmals, dass Saddam gestürzt und Iran in seine Schranken gewiesen gehöre. Das Schreiben endete pathetisch: »Israels Kampf gegen den Terror ist unser Kampf. Israels Sieg ist ein wichtiger Teil unseres Sieges. Aus moralischen und

strategischen Gründen müssen wir an der Seite Israels in seinem Kampf gegen Terrorismus stehen.« Diese ideologisch gefärbten Vorstellungen scheinen der wesentlichste Grund dafür zu sein, dass die Bush-Administration zu keiner Revision seiner Irakpolitik in der Lage ist. (www.newamericancentury.org/Bushletter-040302.htm). Unterzeichnet wurde dieser Brief von Ken Adelman; Frank Gaffney, Jeffrey Gadmin, Robert Kagan, Richard Perle, Daniel Pipes, Norman Podhoretz, James Woolsey u. v. a.


Bushs »Vision« für den Nahen Osten

Die Verbindungen zu den »Ideen« der Bush-Regierung sind frappierend. So flossen einige dieser Vorschläge direkt in Präsident Bushs »Vision« für den Nahen Osten ein, die er am 25. Juni 2002 der Öffentlichkeit präsentierte. Darin fanden sich diejenigen Passagen des Schreibens, die Arafat als Drahtzieher des Terrors und folglich nicht mehr als satisfaktionsfähig ansahen. Bush forderte das palästinensische Volk auf, sich von Arafat zu trennen und sich eine neue Führung zu wählen. Der PLO-Chef wurde immerhin mit 83 Prozent zum Präsidenten Palästinas gewählt! Auch Syrien wurde als Hort des Terrorismus identifiziert und gewarnt. Die amerikanische Rhetorik gegen den Terror ging über Monate weiter. Im September 2002 verkündete Bush eine neue strategische Verteidigungsinitiative, die sogenannte Bush-Doktrin, in der die USA sich das Recht zum Kriegführen selbst mandatierten. Diese Strategie wurde erstmals im Irak getestet. Die USA konnten eigenmächtig eine Bedrohung ihrer nationalen Interessen feststellen, um losschlagen zu können. Sie dürften nicht warten, bis der Feind zu ihnen käme, sondern müssten selber zum Feind gehen, so Bush. Diese Meinung vertrat Mitte September 2003 auch der amerikanische NATO-Botschafter Nicolas Burns. »Es gehe nicht mehr um kontinentale Landkriege, sondern darum, den Krieg dahin zu tragen, wo es notwendig sei.« Er behauptete auch im Gegensatz zu den Europäern, dass die Abmachungen zwi-

schen EU und NATO es bedingen, dass die EU nur zusammen mit der NATO handeln und keine eigenen Strukturen aufbauen dürfte.

Wer der angebliche Feind der USA ist, wird nicht anhand realpolitischer, sondern ideologischer Kriterien festgelegt. Paul Wolfowitz, der strategische Kopf hinter dem völkerrechtlich umstrittenen Krieg gegen den Irak, hat die Bush-Doktrin am 27. Juli 2003, »weiterentwickelt«. Er plädiert sogar für einen »Krieg auf Verdacht«. Der Krieg gegen den Irak sei ein Beispiel dafür, wie die USA auch bei »zweifelhaften nachrichtendienstlichen Erkenntnissen« im Krieg gegen den Terror zu handeln hätten. Damit hat er die Strategie des Präventivkrieges bei Feststellung einer Bedrohung zum Präventivkrieg auf Verdacht einer Bedrohung fortentwickelt.

Diese Denkweise zeigt, wie gefährlich die derzeitige US-Administration für eine berechenbare Außenpolitik geworden ist. Solange es keine Aufarbeitung des umstrittenen Angriffskrieges gegen den Irak gibt, sollten sich weder die Vereinten Nationen noch die NATO zur Hilfstruppe der neokonservativen Ideologie machen lassen. Eine Entlastung der US-Truppen im Irak gäbe den Neokonservativen wieder Spielraum, ihre aggressiven Strategien gegenüber Syrien und Iran durchzusetzen. Beide Länder werden verbal bedroht. So feuerten Außenminister Powell, Sicherheitsberaterin Rice und Unterstaatssekretär Bolton rhetorische Breitseiten auf Syrien ab, wie die »Neue Zürcher Zeitung« am 18. September 2003 berichtete. Bolton reihte das Land in die Reihe der »Schurkenstaaten« ein.

Der amerikanische Vorwahlkampf hat begonnen. Warum bestreiten die Demokraten ihn nicht mit dem Slogan: Get the boys home and the Neocons into Irak! 

Dr. Ludwig Watzal lebt in Bonn und ist Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

E-Mail: LWatzal@aol.com